

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Vorbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Linter Streifenband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauen M. 13.—, für das übrige Ausland M. 20.—, Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 50

Die neugegründete Nonprofit-Gesellschaft über deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere ein fünfteltes Anzeigen der Preise für Haut, Leder, und damit auch des Schuhwerks zu verzeichnen. Diese Preissteigerung ist in den letzten drei Monaten eine ungeheure Sprunghaft gewesene und hängt eng zusammen mit der Entwertung unserer Valuta. Da der Anfall von Häuten im Inlande für den Bedarf nicht ausreicht, sind wir auf die Zufuhr aus dem Ausland angewiesen. Geht der Markkurs zurück, müssen wir mehr Mark für ausländische Häute anlegen, steigt automatisch auch der Preis für die im Inlande erzeugten Häute.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das „Opfer“ der Industrie

Röder für die Arbeiterklasse

Mit flinken Fingern verwandeln die Pressemaulwürfe des Herrn Stinnes den schätzbaren Erprobungsversuch des Reichsverbands der deutschen Industrie in eine nationale Opferstatue. Diese Herren können alles, wenn sie dafür bezahlt werden. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ steht in einem langen Artikel auseinander, daß die Öffentlichkeit die Pläne der Industrie nur ablehne, weil sie nicht scharfblickend genug sei, um Wesen und Wert dieser Pläne richtig zu schätzen. Die Industrie blühte weiter und faste ihre Aufgabe unter einem „größerem Gesichtspunkte“ auf. Sie wollte keinen „Augenblickserfolg“, sondern die „dauernde Gesundung der Reichsfinanzen“ erreichen. Das wird in folgendem Satz näher erläutert:

„Der Plan ging also dahin, mit der Kreditaktion gleichzeitig eine Gesundung der inneren Finanzwirtschaft in einem sehr wesentlichen Punkte herbeizuführen, indem man den Staat von der Last der Betriebsführung eines Riesenunternehmens befreite, dem er nun einmal in seiner gegenwärtigen Verfassung mit allen ihren politischen und parlamentarischen Hemmungen in keiner Weise gewachsen ist.“

Die Industrie wollte also dem Reiche das riesenhafte Opfer bringen und die „Last“ der Betriebsführung des Eisenbahnunternehmens auf sich nehmen — nicht etwa, um Gelder damit zu machen, sondern nur, um das Reich von dieser Last zu befreien.

Wenn man genau nimmt, ist das ganz richtig, denn die Tendenz der kapitalistischen Wirtschaft und ihrer Interessenten ist es ja von vornherein, alle anderen Volksklassen und Institutionen nach Möglichkeit vom Besitz zu „befreien“. Wir gestatten uns indes, in diesem Falle daran zu erinnern, daß die Herren von der Industrie noch andere Möglichkeiten haben, zur Gesundung der inneren Finanzwirtschaft beizutragen. Wenn sie das wollen, dann sollen sie endlich Steuern zahlen. Wir geben der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ auch recht, wenn sie sagt: „Die Finanznot des Reiches ist so groß, daß eben nur durch einen radikalen Eingriff Hilfe zu bringen ist.“ Und wir sind dafür, daß dieser radikale Eingriff nun sofort erfolgt, nur nicht nach den Plänen der Industrie, sondern durch die gesetzmäßige Erfassung der Sachwerte.

Der Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ lehnt die Behandlung des Problems auf der parlamentarischen Tribüne ab. Der Ort, wo man diese Dinge besprechen müsse, sei „die für solche Zwecke geschaffene Zentralarbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.“ Die Freunde der Zentralarbeitsgemeinschaft in den Kreisen der Gewerkschafts-

führer werden nicht gern hören, daß die Zentralarbeitsgemeinschaft ausgerechnet für den Zweck geschaffen sein soll, den Besitz der Allgemeinheit den Krallen der Profitgeier auszuliefern. Ein Kompliment für die Zentralarbeitsgemeinschaft ist das gerade nicht.

Sehr komisch aber ist die Art, mit der der Schreiber der „D. A. Z.“ die Arbeiter und Beamten für den Streich der Industriellen zu fördern sucht. Die Arbeitergemeinschaft habe bei einer solchen Umwandlung des Eisenbahnbetriebes nur zu gewinnen:

„Was sie gewinnt, ist eine auskömmliche Existenz, wie sie heute die Arbeiterchaft der großen industriellen Werke fast mühelos erreicht hat. Dasselbe gilt auch von der großen Masse der Beamtenschaft, für die es doch viel nützlicher ist, gerade in dieser schweren Zeit ein angemessenes Auskommen zu finden, als ihr Augenmerk ausschließlich auf ihre Pensionsansprüche zu richten, die, wenn die jetzige Finanzwirtschaft andauert, sicherlich nicht realisiert werden können.“

Wie schnell sich doch diese Leute wandeln. Sonst machen sie der Beamtenchaft das Streikrecht streitig mit dem Hinweis darauf, daß die Art des Arbeitsverhältnisses, in dem die Beamten stehen, das seinen Charakter empfangt durch das so ungemein wertvolle Pensionsverhältnis, das Recht auf Streik ausschließt. Jetzt sagen sie ihnen, die Beamten mögen ihr Augenmerk weniger auf ihre Pensionsansprüche richten, die doch sicherlich nicht realisiert werden können.

Der Arbeiterchaft aber brauchen wir nicht erst zu sagen, wie die „auskömmliche Existenz“ beschaffen ist, die sie in den großen industriellen Werken „mühelos“ erreicht. Das stellt sich so ein armer Presseschreiber so vor. Die Arbeiterchaft aber betrachtet die Sache unter einem größeren Gesichtspunkte. Selbst wenn sie in einzelnen Fällen von der Umwandlung der Staatsbahnen in einen kapitalistisch ausgebeuteten Betrieb einen Augenblickserfolg hätte, so würde sie diesen doch ablehnen, denn sie will die dauernde Gesundung der Reichsfinanzen durch die fruchtige Besteuerung des Besitzes mit Einschluß der Sachwerte.

Protest der bayerischen Eisenbahner

München, 15. November.

Eine Vertrauensmännerversammlung des bayerischen Eisenbahner-Verbandes nahm eine Protestentscheidung gegen die Auslieferung der Reichseisenbahnen an das Privatkapital an und legte das Geldnis ab, gegen die Auslieferung der Eisenbahnen an das Privatkapital als einer drohenden Verflüssung des Eisenbahnerpersonals mit allen Mitteln Stellung zu nehmen.

der organisierten Geheimorganisationen. Die Arbeiter konnten nun nach Arbeitsschluss infolge der getroffenen Maßnahmen nicht rechtzeitig nach Hause gehen. Hauptsächlich aus diesem Grunde wandten sie sich gegen die Interalliierte Kommission. Inzwischen ist nun für eine Waffendurchsuchung im Besitze des Betriebsrates Vorzüge getroffen worden.

Japans Bedingungen

Paris, 15. November.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wird die japanische Delegation sich mit der Einschränkung der japanischen Flotte auf zehn Großschiffe einverstanden erklären, jedoch eine entsprechende Herabsetzung der englischen und der amerikanischen Flottenstärke verlangen.

Der neue japanische Ministerpräsident Takahashi hat erklärt, daß er vollständig der Politik des verstorbenen Hara hinsichtlich der Washingtoner Konferenz beistimme.

Die für heute angekündigte Rede des englischen Delegierten Balfour auf der Washingtoner Abrüstungsfrage wird Vorschläge enthalten, wonach an Stelle der zehnjährigen Unterbrechung des Schiffbaues der Erlaß von Schiffen jährlich in einem beschränkten Maße vor sich gehen und daß die Werftanlagen entsprechend verkleinert werden. Andernfalls müßten große Summen angewendet werden, um die unbenutzten Anlagen in solcher Bereitschaft zu halten, daß nach Ablauf von zehn Jahren wieder gebaut werden könnte.

Der Heeresauschuß der französischen Kammer hatte seinen Vorsitzenden, General Castelnau, beauftragt, beim Kriegsminister Barthou anzufragen, wann das neue Heeresgesetz erörtert werden würde. Wie die Morgenblätter melden, wird der Kriegsminister heute in der Kammer Sitzung erklären, die Erörterung könne erst erfolgen, nachdem die Washingtoner Konferenz geschlossen sei, da man auf die dort zu treffende Entscheidung Rücksicht nehmen müsse.

Der Generalstreik in Rom beendet. Der allgemeine Ausstand in Rom wurde am Sonntag morgen beendet. Alle Arbeiter wurden wieder aufgenommen, Straßenbahnen und Eisenbahnen sind wieder in Betrieb. Auch die Zeitungen sind wieder erschienen. Die Stadt hat ihr gewohntes Aussehen angenommen.

Freie Wuchertwirtschaft

Von J. Simon-Nürnberg.

Nach einem vorübergehenden Sinken der Preise im Mai vorigen Jahres haben wir seit etwa 4 Jahren wieder ein ständiges Ansteigen der Preise für Häute, Leder, und damit auch des Schuhwerks zu verzeichnen. Diese Preissteigerung ist in den letzten drei Monaten eine ungeheure Sprunghaft gewesene und hängt eng zusammen mit der Entwertung unserer Valuta. Da der Anfall von Häuten im Inlande für den Bedarf nicht ausreicht, sind wir auf die Zufuhr aus dem Ausland angewiesen. Geht der Markkurs zurück, müssen wir mehr Mark für ausländische Häute anlegen, steigt automatisch auch der Preis für die im Inlande erzeugten Häute.

Auf diese Zusammenhänge hatten wir bei Aufhebung der Lederzwangswirtschaft hingewiesen und verlangt, daß die Zwangswirtschaft aufrechterhalten wird. Die Mehrheit des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung beschloß aber trotzdem die Aufhebung der Zwangswirtschaft mit dem Erfolg, daß der Häutehandel, die Leder- und Schuhfabrikanten seitdem Riesengewinne erzielten. Insbesondere sind es die kapitalstärksten Unternehmer, die die „Konjunktur“ ausnützen können und geradezu jabelhafte Gewinne erzielen.

Es verlohnt sich heute, wo wir zu Häute- und Lederpreisen gekommen sind, die dazu führen, daß wir Schuhpreise von 400 bis 500 Mark bekommen, einen Ueberblick über die Preisentwicklung zu geben. Dieser Ueberblick wird am besten das Unhaltbare der heutigen „freien“ Wirtschaft darzulegen in der Lage sein. Bei dieser Betrachtung wollen wir von dem Friedenspreis ausgehen.

Im Jahre 1914 betrug der Preis für Rindshäute je nach Stärke und Qualität 60 bis 75 Pf. pro Pfund. Unter der Zwangswirtschaft wurden die Preise wiederholt erhöht, sie betragen bei Aufhebung der Zwangswirtschaft 2,70 M. pro Pfund. Dieser Höchstpreis war also viermal so hoch wie der Friedenspreis. Sofort nach Aufhebung der Zwangswirtschaft gingen die Preise sprunghaft in die Höhe und erreichten im April 1920 etwa das Sechsfache bis Achtfache des Höchstpreises unter der Zwangswirtschaft. Von da ab gingen die Preise zurück, da auch die Weltmarktpreise zurückgingen. In dieser Zeit wurde in Interessententreffen davon gesprochen, daß auf dem Weltmarkt ein Ueberangebot von Häuten vorhanden sei.

Seit etwa drei Monaten macht sich aber nun wieder eine geradezu wilde Preissteigerung bemerkbar. Im August 1921 kosteten Rindshäute 10,25 bis 10,70 M., im September 13,10 bis 23,80 M. und Ende Oktober 23 bis 31 M. das Pfund. Der Preis für Häute ist also gegenwärtig das 40fache des Friedenspreises.

In gleicher Weise ist der Preis für Leder gestiegen. Sohlleder kostete im Jahre 1914 3,50 bis 5 M. pro Kilogramm. Der Höchstpreis bei Aufhebung der Zwangswirtschaft betrug 14 bis 15 M. pro Kilogramm. Im April 1921 kostete das Kilogramm Sohlleder 50 bis 65 M. Im Juli stieg der Preis auf 60 bis 80 M., im Oktober auf 95 bis 105 M., und am 5. November notierten Sohlleder 120 bis 140 M. pro Kilogramm. Das ist das 28fache des Friedenspreises. Oberleder (Rindbor) kostete im April 1921 12 bis 16 M., im Juli 15 bis 20 M. und am 5. November 25 bis 50 M. pro Quadratfuß.

Um die Ueberflut vollständig zu machen, seien noch folgende Preise einander gegenübergestellt:

Das Leder (Boden- und Oberleder) zu einem Rindborstiefel kostete im Jahre 1914 3,85 M., nach dem Höchstpreis unter der Zwangswirtschaft 20,25 M., und nach dem heutigen Lederpreis 204 M., das ist das 53fache des Friedenspreises. Hinzu kommen noch die Kosten für Futter, Seide, Garn, Kleister, Oefen und Haken, der Arbeitslohn sowie Unkosten und Gewinn des Unternehmers und des Händlers. Das Märchen, als ob der Arbeitslohn Schuld an den hohen Schuhpreisen sei, erklärt durch die oben angeführten Preise für Häute und Leder die beste Widerlegung.

Das „Schuhmacherschiffblatt“ (Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher) nimmt in seiner letzten Nummer ebenfalls Stellung zu dieser Preissteigerung. Es schreibt:

„Recht unerfreulich gestalten sich leider wieder einmal die Preise auf dem Häutemarkt. Innerhalb zweier Monate sind die Preise so sprunghaft in die Höhe gegangen, wie nie zuvor. In der nachfolgenden Ueberflut sind die Preisbewegungen bei den Hauptzuger Auktionen von August bis Ende September gegenübergestellt und berechnet, welcher Mehrerlös für jedes Feil Ende September gegenüber August im Durchschnitt erzielt wurde.“

Es wurden auf der Hamburger Auktion gezahlt für:

	3. August	28. Septbr.	Mehrerlös pro Haut
Echthäute, Pfund	12,10 M.	18,35 M.	281,25 M.
Rohfelle, pro Pfund	15,70 M.	37,60 M.	197,10 M.
Rohhäute, pro Stück	319,00 M.	500,00 M.	181,00 M.
Schaffelle, pro Pfund	5,20 M.	8,15 M.	20,10 M.
Ziegenfelle, pro Stück	98,00 M.	120,00 M.	22,00 M.

Die Preisbewegung hängt sehr eng zusammen mit der Entwertung unserer Valuta, da wir aus dem Ausland bei den inländischen Schlachtungen den vollen Bedarf nicht befriedigen können. Wir decken gegenwärtig noch ungefähr die Hälfte des Bedarfs aus dem Ausland. Bei dieser Lage des Häutemarktes müssen natürlich der Handel, die Ledererarbeitende

Die sächsischen Gemeindewahlen

Drahmelung unseres Korrespondenten.

Dresden, 15. November.

Die Stadtverordnetenwahlen in den Ortschaften des Bezirks Dresden stellen sich nach einer genauen Uebersicht noch erzieu-licher dar, als es gestern schon ersichtlich war.

Nach neueren Berechnungen werden in Dresden 42 Sozialisten 42 Bürgerlichen gegenüberstehen. Die bürgerliche Einheitsliste wird sich in folgende Fraktionen auflösen: Demokraten 12, Deutsche Volkspartei 16, Deutschnationale Volkspartei 13, Zentrum 1. Fast nirgends konnten die Bürgerlichen Terrain gewinnen. Die U. S. P. D. erzielte dagegen in den einzelnen Ortschaften bemerkenswerte Erfolge. In Cunnerdors bei Dresden z. B. gewann sie, obwohl sie sich zum erstenmal an der Wahl beteiligte, die Hälfte der Gemeinderatsitze, in Lunzitz ist das Resultat ähnlich.

Da die Wahlen im ganzen Lande gegenüber den letzten Landtagswahlen sozialistische Fortschritte aufweisen, so ist das für die Landespolitik von nicht geringer Bedeutung. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die sozialistische Landtagsmehrheit, die jetzt nur über ein Mehr von zwei Sitzen verfügt, bei enfl. Neuwahlen sehr gestärkt hervorgehen würde. Vergleicht man dagegen die bürgerliche Stimmzahl bei den Stadtverordnetenwahlen mit den Landtagswahlen, so ergibt sich für den letzten Sonntag eine Verringerung um circa 9000.

Waffensuche der Interalliierten Kommission

Drahmelung unseres Korrespondenten

Dresden, 15. November.

Die bürgerliche Presse berichtet in sensationeller Weise über eine Waffensuche der Interalliierten Kontrollkommission in den Rostrohwerken in Heidenau. Die Arbeiter wären zur Selbsthilfe geschritten, man hätte das Werk sprengen wollen usw.

Nach unseren Erkundigungen hat sich der Vorfall so abgespielt. Der Interalliierten Kommission war gemeldet worden, daß die Rostrohwerke Waffen verberge und sperre deshalb am Spätabend das Werk. Die Zeitung dieser Werke steht mit an der Spitze

Industrie, die Gerbereien und die Fleischerereien große Gewinne einheimen. Da wir eine Uebersicht über die Zahl der Schlachtungen in Deutschland haben, so läßt sich aus den letzten zwei Monaten eine Uebersicht gewinnen, wie hoch der Gewinn sein muß, den die genannten Interessengruppen erlangt haben. In der nachfolgenden Zusammenstellung ist diese Berechnung angesetzt und die Umrechnung des Mehrerlöses im Gesamtbetrag festgestellt.

Aus der heimischen Schlachtung fielen Felle an:

		Mehrerlös
Großviehhäute	200 000 Stück	56 250 000 Mt.
Kalbelle	280 000 "	55 188 000 "
Hohhäute	10 000 "	1 810 000 "
Schaffelle	100 000 "	2 010 000 "
Liegenfelle	25 000 "	550 000 "
		115 808 000 Mt.

Es sind also nicht weniger als 115,8 Millionen Mark Konjunkturgewinne in diesen zwei Monaten der Häute- und Lederindustrie zugefallen, ganz abgesehen von den Gewinnen — die ungefähr noch einmal so viel ausmachen dürften — die aus dem Verkauf im Ausland und der Verarbeitung der Felle im Inlande erzielt wurden.

Neben den Ergebnissen der Oktober- und November-Auktionen sind die vom Schuhmacher-Fachblatt angegebenen Preise bei weitem überholt, demzufolge erhöhen sich auch die Mehrerlöse, die erzielt werden. Wie oben dargestellt, folgen die Lederpreise den Häutepreisen fast automatisch. Welch ungeheurer Konjunkturgewinn hierdurch erzielt werden, geht daraus hervor, daß das Sohlleder eine Geduldauer von 4 bis 12 Monaten, das Oberleder eine solche von 2 bis 3 Monaten gebraucht.

Aber nicht nur die sinkende Valuta allein begünstigt die Preissteigerung für Leder. Die Lederproduktion wird auch künstlich eingeschränkt. So wurde kürzlich in einem Fachauschuß für Schuhleder festgestellt, daß die Lederproduktion gegenwärtig nur etwa 60 bis 70 Prozent der Friedensproduktion beträgt, während die Schuhindustrie die Friedensproduktion nicht nur erreicht, sondern überschritten hat. Die Lederindustriellen, die solange die „Zwangswirtschaft“ bestand, immer erklärten: „geht uns die freie Wirtschaft“, dann wird Leder genug erzeugt“, halten die Produktion künstlich zurück und sichern sich dadurch Preise, die zeitweise über Weltmarktpreisen stehen. Die Folgen dieser „freien Wirtschaft“ sind tiefenprofite für die Unternehmer und unerschwingliche Schuhpreise für die Konsumenten.

Was wird die Folge sein? Seit Ansteigen der Preise deckt sich das zahlungsfähige Publikum mit Schuhwaren ein. Es wird auf Vorrat gekauft. Daher ist auch die Schuhindustrie gegenwärtig sehr stark beschäftigt. Ist aber der Bedarf der zahlungsfähigen Bevölkerung gedeckt, wird die minderbemittelte Bevölkerung bei steigenden Preisen überhaupt kein Schuhwerk mehr kaufen können, dann wird die Schuhindustrie wieder, wie schon im Mai 1920, von einer schweren Krise betroffen werden. Stilllegung eines großen Teils der Betriebe, Arbeitslosigkeit in großem Umfang, das ist der Segen der freien Wirtschaft.

Die Demokraten in Bremen

Der schwarz-weiß-rote rechte Flügel

Der demokratische Parteitag hat am Montag, wie wir schon berichtet haben, über die Flaggenfrage gesprochen. Dabei sind dem ehemaligen Reichsinnenminister Koch einige Geständnisse entlockt, die so hübsch sind, daß wir sie nicht ungehört im Lärm der Zeit verhallen lassen möchten. Ein Teil des Parteitages hätte sich gern vor den unangenehmen Beratungen gedrückt. Er schlug vor, die ganze Frage als unerwünscht zu bezeichnen und alle Flaggenanträge abzulehnen. Aber Herr Koch packte den Stier bei den Hörnern. Der Bericht über seine Rede lautet:

Minister a. D. Koch ersucht, nicht treue Mitglieder abzustoßen, ohne daß die Gesamtheit einen Vorteil habe. Man gehe in einer Notzeit nicht dazu über, sich hier über Kleinig-

keiten zu streiten. (Widerspruch.) Hissen Sie die neue Flagge vielleicht später, wenn die Erfolge der Republik da sind, aber lassen Sie dem Volke zunächst keine alten Symbbole. Ich habe das Gefühl, daß die Geduld unseres rechten Flügels auch einmal zu Ende ist. (Unruhe.) Stören Sie nicht das einigte Zusammenarbeiten.

Wir bilden mit Befriedigung auf Herrn Koch, denn er bekräftigt mit seiner Rede von neuem die Richtigkeit der Bezeichnung, die wir ihm schon zurzeit seiner Amtstätigkeit im Innenministerium beigelegt haben: Orghel-Koch. Im übrigen enthält seine Rede das hübsche Geständnis, daß die demokratische Partei einen schwarz-weiß-roten rechten Flügel besitzt, den Herr Koch um Gottes willen nicht vor den Kopf stoßen möchte.

Im Ernst aber möchten wir Herrn Koch sagen, daß er sich um die Symbole des Volkes nicht zu kümmern braucht. Das schwarz-weiß-rote Symbol des von ihm geschädigten rechten Parteiflügels der Demokraten ist zweifellos nicht das Symbol des Volkes.

Ein Meisterstück Stegerwalds

Herr Stegerwald, weiland preußischer Ministerpräsident, hat die Zuneigung, die ihm während seiner Amtszeit von den Rechtsparteien dargebracht wurde, aufs beste erwidert. Er hat als preußischer Generalvollmachtigter für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen Herrn Dr. Göppert bestimmt, der nicht, wie ursprünglich angenommen wurde, der aus seiner Tätigkeit bei der deutschen Friedensdelegation in Paris bekannte ehemalige Staatssekretär ist, sondern Professor und Leiter der deutschen nationalen Ortsgruppe in Bonn. Herr Göppert wird als äußerst streitbarer Antirepublikaner und reaktionärer Parteipolitiker geschildert, was ja für einen Deutschen selbstverständlich ist und was ihn in den Augen des Herrn Stegerwald, der die Parteipolitik so heftig bekämpft, wohl als besonders geeignet für diesen Posten erscheinen ließ.

Wir stehen also vor der Tatsache, daß ein ausgesprochener und äußerst aktiver Gegner des heutigen Staates die preußischen Interessen in Oberschlesien vertritt. Sind das Kabinett Braun und die Reichsleitung ebenfalls der Meinung, daß die Tätigkeit eines monarchistischen, verfassungsfeindlichen Reaktionsnarrs nützlich und unentbehrlich ist?

Der Kampf um die Grundsteuer

Drei Milliarden Defizit — keine Deckung

Kurz vor dem Auseinandergehen der Preussischen Landesversammlung machte der damalige Finanzminister Lüdemann darauf aufmerksam, daß der preussische Staatshaushalt einen Fehlbetrag von 2 Milliarden Mark aufweist. Das Defizit sollte nach vor dem Auseinandergehen der Landesversammlung gedeckt werden durch eine Grundsteuer, die aber nicht zustande kam, weil sich die bürgerlichen Parteien angesichts der Neuwahlenscheuten, mit der Befastung dieser Steuer vor die Wähler zu treten.

Inzwischen sind acht Monate vergangen, und das Defizit ist mittlerweile bei der rasenden Geldentwertung auf mindestens drei Milliarden Mark angewachsen. Als sich das Kabinett Stegerwald im April dem Landtag vorstellte, verkündete es in seinem Programm als wichtigste Aufgabe, den Staatshaushalt zu balancieren. Herr Stegerwald brachte es aber nur so weit, die Steuervorlage seines Vorgängers aufzugreifen, sie ein wenig zu frisieren und dem Staatrat zur Genehmigung vorzulegen. Der Staatrat hat sich in mehreren Sitzungen mit dieser Vorlage befaßt, und er hat sie am Freitag mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Die Vorlage sah im wesentlichen eine Besteuerung der Grundstücke in Höhe von 4 pro Tausend des Wertes vor. Als Grundlage der Steuererhebung sollte die Veranlagung für 1917—1919 dienen mit der Maßgabe, daß für landwirtschaftlich benutzten Boden das Dreifache, für Gebäudegrundstücke das 1½fache als Wert angenommen werden sollte. Die Erhebung der Steuer sollte vom Befizier erfolgen, doch sollten Ruhniederer, Pächter und

Mieter als Mitschuldner haften. Bei der Beratung im Staatrat lehnten die Vertreter der agrarischen Parteien ab, daß die landwirtschaftlichen Betriebsmittel bei der Veranlagung ausgenommen werden sollten. Damit war das erst. Ergebnis der Steuer von vornherein stark eingeschränkt. Schließlich tauchten Bedenken darüber auf, ob es angängig sei, die Grundsteuer den Gemeinden zu nehmen, und dabei kam schließlich die ganze Vorlage zum Fall. Genosse Verten brachte als Vertreter der Unabhängigen Partei zum Ausdruck, daß wir für eine wirkliche Besteuerung des Grundvermögens zu haben sind, eine Mieter- und Pächtersteuer, die nur den Namen Grundvermögenssteuer trage, aber ablehnen. Die vorliegende Grundsteuervorlage bestimmte ausdrücklich die Erhöhung der Steuer auf Mieter und Pächter. Darum könne keine Partei dieser Vorlage nicht zustimmen. Die Vertreter der Rechtssozialisten und der Kommunisten machten ähnliche Ausführungen, so daß es zu dem bereits erwähnten Gesamtergebnis kam: die Grundsteuervorlage wurde in ihrer jetzigen Form vom Staatrat abgelehnt.

Auf welche Steuer die preussische Regierung nunmehr kommen wird, muß abgewartet werden. Einweilen geht die Schuldenwirtschaft auf Kosten der Armen weiter.

Ein Revolutionsdenkmal

In Steettin wurde am 9. November ein von den organisierten Arbeitern Groß-Stettins gestiftetes Denkmal geweiht, das den geistlichen des Karp-Büchsen Gefallenen der Arbeiterklasse gewidmet ist. Das prächtige Bauwerk, das von Professor Küsthardt-Hildesheim entworfen und modelliert worden ist, ist durchweg in warmem, schlesischen Granit ausgeführt. Die Figur veranschaulicht den aus dem Schlafe erwachenden und der aufsteigenden Morgensonne der Freiheit entgegenstehenden riesigen Proletariat. Um die ganze Anlage nebst den Gräbern der Karp-Büchsen Opfer ist eine gärtnerische Anlage geplant. In der Nacht zum 9. November hatten es hundert Hände fertiggebracht, das prächtige Denkmal mit roter Farbe zu beschmücken. Sicher wieder ein Erfolg der gegnerischen Anschläge. Die Beschädigung konnte bald wieder beseitigt werden. Der Regierungspräsident hat eine Belohnung von 3000 M. auf die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

Der Reichstag vollzog sich vor einer riesigen Volksmenge aus allen proletarischen Organisationen. Weitere viele Zehntausende umstanden die Denkmalsstätte. Zahllose Banner und Blumenpenden boten den äußeren Schmuck. Die Weiber trugen Reichstagsgebundene Genosse Vogtherr. Orchestermusik und große Gesangschor verklärten die würdige Feier, an die sich ein fast endloser Demonstrationzug durch die Hauptstraßen der Stadt angeschlossen.

Kleine Nachrichten

Der neue preussische Wohlfahrtsminister. Der Verbandsekretär Hitzler hat den Ruf als Wohlfahrtsminister angenommen.

Die neuen Posttarife der Reichspost werden voraussichtlich erst am 1. Januar 1922 in Kraft treten, da die Vorlage dem Reichstag erst in der nächsten Woche zugehen kann und der Reichstag erst am 8. Dezember wieder zusammentritt. Die neuen Tarife sollen in Zukunft alle Vierteljahre geprüft werden, um die Notwendigkeit weiterer Erhöhungen festzustellen.

Die Erhöhung aller Gerichtsgebühren um 10 Prozent wird in Aussicht genommen, eine entsprechende Vorlage geht dem Reichstag noch vor Weihnachten zu.

Keine Reichsmittel für die Lehrerbildung. Die Reichsverfassung sieht eine Neugestaltung der Ausbildung der Volksschullehrer vor, wobei den Lehrern der Besuch von Hochschulen unter Gewährung von Beihilfen möglich gemacht werden sollte. Das Reich hat die Gewährung von Mitteln zu diesem Zweck definitiv abgelehnt infolge der Notlage des Reichs. Den Ländern ist anzuempfehlen worden, die Verantwortung neu zu gestalten, doch dürfen hieraus keine finanziellen Verpflichtungen für das Reich erwachsen.

Polnisches Recht in Kraft. In Polen fand am Sonnabend die Uebernahme des Justizdepartements statt. Damit gelten von nun ab in Polen und Pommern, wo bis jetzt nach deutschen Gesetzen geurteilt wurde, die polnischen Gesetze.

Der Film am Dienstag

Filmschau

In dieser Woche gibt es in den Ufa-Theatern ein paar gute Filme zu sehen. Im „Lauenburgerpalast“ läuft ein schwedischer Film: „Abwärts von den Bergen der Menschen“. Nach dem Roman „Die Jungfrau“ von Selma Lagerlöf. Dieser Roman, den ich nicht kenne, erzählt offenbar die Liebes- und Lebensgeschichte eines weltfremden, frommen, kindlich-grübelnden Bauern in Dalekarlien. Aus bäuerlicher Sparsamkeit schiebt er die Hochzeit mit jeder Braut, obwohl sie schon ein Kind von ihm unter dem Herzen trägt, immer wieder hinaus. Sie, die städtische und „feinere“ ist als er, nimmt sich, von seiner bäuerlichen Sparsamkeit angeleitet, die „Schande“ eines unehelichen Kindes so zu Herzen, daß sie das Neugeborene umbringt. Sie kommt dafür ins Gefängnis. Er versteht ihre Tat gar nicht, beargwöhnt alles nur halb, ahnt dunkel, daß er selbst ein gut Teil Schuld trägt und holt sie, obwohl das für seine Bauernlehre furchtbar ist, als sie aus dem Gefängnis entlassen wird, zu sich, um sie neu doch noch zu heiraten. Dadurch erweckt er ihre Liebe aufs neue — und alles endet gut.

Ich muß sagen, daß ich diese Geschichte, die sich eigentlich nur innerlich, in den Seelenkämpfen der beiden Liebenden abspielt, so ungeeignet für den Film halte, wie nur möglich. Grübelereien, Sonderlingsgedanken, Gewissenskämpfe — all das kann man gar nicht oder nur sehr mangelhaft verfilmen. Im Film muß was geschehen! — das ist die erste und Hauptbedingung.

Trotzdem: alle Achtung vor dem, was der Regisseur (zugleich Hauptdarsteller) Viktor Sjöström hier geleistet hat. Vor allem Dingen ist eines nicht hoch genug zu loben, obwohl es eigentlich selbstverständlich ist: diese Bauern benehmen sich wirklich wie Bauern; sie reden wenig, schauspielern noch weniger; selbst in Momenten höchster Erregung bleiben sie langsam und schwerfällig und verändern ihren Gesichtsausdruck kaum merklich. Das erscheint manchem vielleicht langweilig; aber es ist wahr und deshalb unendlich viel besser als die verlogenen, eitelhaft-theatralischen Bauernrollen in den deutschen Filmen (z. B. „Hegerwall“). In denen die „Bauern“ sich benehmen wie Heldentende und Hofschauspieler. Sjöström hat sogar den Rat, ganz komische Szenen in die ersten zu verschieben. So laßt er, nachdem sie sich unter furchtbaren seelischen Erschütterungen endlich wiedergefunden haben, oder eigentlich erst im Begriff sind, sich zu finden, da mittelmäßig lacht er und zeigt vor sich hin — und dann steht man plötzlich eine Kuhstube, die mit ungläublich dummen Gesichtern das Liebespaar besetzt. Das ist, mitten im Ernst, sehr komisch. Und da auch das Leben mitten im Ernst sehr komisch sein kann, so wirkt es im Film erfrischend wahr und ehrlich. Und so sind manche Szenen. — Daß die Landschaftsbilder (aus Dalekarlien) prachtvoll sind, versteht sich wohl von selbst.

Auch im „U. T. Rollendorf“ gibt man einen guten Film: „Die Schuld des Grafen Weronst“. Nach der Novelle „Erste Liebe“ von Turgenjeff. Regie: Rudolf Bie-

brau. Auch hier wird ohne viel Theater gespielt, und das russische Milieu sowohl wie die melancholisch-idyllische Stimmung Turgenjeffscher Novellen scheint mir gut getroffen. Man sieht prächtige Part- und Gartenbilder. Lohar Klügel und Carola Toelle geben ohne viel Uebertreibung das junge Liebespaar. Mathilde Süssin als seine Dame ist sehr gut und Adele Sandrock als heruntergekommene Märlin ausgezeichnet. Und Gott sei Dank, keine einzige Kassenkugel! Dieser einfache Film, der sicher nicht den zweiten Teil von „Baby Hamilton“ oder dem „Tobischen Grabmal“ gekostet hat, ist gerade deswegen, gerade seiner Einfachheit wegen, viel angenehmer.

Außer ihm gab es im „U. T. Rollendorf“ noch zwei Chaplin-Filme zu sehen: „Die Chaplinguelle“ und „Chaplin als Sträfling“; dies Kino hat also ein so gutes Programm, wie ich es seit Jahren in keinem Berliner Kino mehr gesehen habe. Denn diese Chaplin-Filme, das ist bei weitem das Beste, was man seit langer, langer Zeit in Berliner Kinos zu sehen bekommen hat. Diese komischen Grotesken sind schmerzhaft völlig unanständig. Aber in ihrem Unfuss steckt mehr Lebenswahrheit und Lebensweisheit, als in vielen diesen und ersten Wächern — von diesen und ersten Filmen ganz zu schweigen! Der deutsche Film hat diesem Chaplin nichts gleichwertiges, nicht einmal etwas Ähnliches gegenüberzustellen. Dieser kleine Mann führt seinen ewigen Kampf gegen das böse und drohende Leben mit so komischen Mitteln und soch ernsthaftem Humor, daß das Leben über ihn nicht nur amüsiert, sondern bejdet und glücklich macht. Dieser kleine Mann ist ein ganz großer Künstler. Ich werde das zu erklären und zu beweisen versuchen. Aber dazu brauche ich mehr Raum, als ich heute habe. Also: ein andermal. Hans Siemsen.

„Zwischen Flammen und Fluten“ (im Terra-Theater) spielen sich die Erlebnisse eines Erfinders ab. Die Erfindung ist ein Schiffsbau, mit dem man bis auf den Grund des Meeres tauchen kann. Das geht so vor sich: Man setzt sich im Taucherboot in den Schiffsbau, läßt sich von einem Unterseeboot hinausfahren und mit dem Schiffsbau auf den Meeresgrund setzen. Hier steigt man aus dem Schiffsbau und sucht nach Schätzen. Dann steigt man wieder ein und wird ins Unterseeboot aufgenommen. Wie man unter Wasser aus dem Unterseeboot heraus und dann wieder hineinläßt, bleibt ein Rätsel. Etwas problematisch ist die Bedeutung des Schiffsbaus. Wäre es nicht bequemer, sich ohne Beschwerung durch dies überflüssige Requisit einfach als Taucher auf den Meeresgrund setzen zu lassen? Verständlich an diesem Film ist nur eins: nämlich, daß die Königin eines feindlichen Landes ihre Unterthanen und deren Geld aufs Spiel setzt, um diese kostbare Erfindung nur ja an sich zu reißen. Geprüfte Haupter haben bekanntlich den richtigen Blick für unbedeckte Werte, für deren Erringung Gut und Blut der Untertanen nicht zu schade sind. Dario Rossler.

Die Fassung des „Sturm“ wurde am Sonntag in den Deutschen Heimstätten im Film gezeigt. Dieser Film wird gelegentlich der gerichtlichen Untersuchung als Urkunde und Material für die Ermittlung dienen.

Populär-wissenschaftliche Filmposters werden der Bevölkerung Berlin in allen Theatern der Ufa am Freitag gehalten. Die regelmäßig veranstalteten Abende der Kultur-Bildungsbüchse (Wegart, Rollendorf) finden am 24. November ihre Fortsetzung.

Führerziehung und Vernunftpolitik

Am 7. November sprach Leonard Nelson, der Göttinger Professor der Philosophie, im Künstlerhaus, auf Veranlassung des Frey-Bundes über „Führerziehung als Weg zur Vernunftpolitik“. Vernunftpolitik, so führte Nelson aus, ist eine Politik, die ihr Ziel einem Ideal entnimmt, dem Ideal der Gerechtigkeit. Die Vernunft fordert uns auf, den Gedanken: Es werde Recht! zu verwirklichen. Vernunftpolitik ist Politik der rechtsverständlichen Philosophie — denn rechtsverständliche Philosophie ist Philosophie der Vernunft. Was aber — so wandte sich selber Nelson ein — nützt uns heute angesichts empirischer Erscheinungen, Kartoffelnot, Salzaufschlag, Überschleifen, eine solche Politik der Vernunft? Hätten wir, so antwortet Nelson, eine Politik der Vernunft und damit der Gerechtigkeit rechtzeitig getrieben, so gäbe es heute alle diese Uebelstände nicht. Aus dem Umstand, daß die Politik der Vernunft uns jene Umstände gebracht hat, folgt für uns, alle Kraft einer herauszuführenden Politik der Vernunft zu weichen.

Wie kann dies geschehen? Dadurch, daß wir den Trägern einer solchen Politik der Vernunft die Macht verschaffen. Die bloße Flege eblen Gesinnungen die bloße „Kultur“ der Seelen entbindet den Mächten der Unvernunft, die in Einrichtungen g-fähig organisiert sind, noch nicht ihren Einfluß, Macht braucht nicht Gewalt zu sein, braucht sich nicht in Puffen und Attentaten zu äußern. Aber der Realismus gebietet, daß wir uns einer Organisation, einer Partei, des Staates, kurz, aller politischen Machtfaktoren bedienen, um in ihnen den Willen der Vernunft auszusprechen. Die Träger einer solchen Vernunftpolitik aber müssen systematisch erzogen werden; wir dürfen es nicht dem Zufall überlassen, daß uns wahrhafte Staatsmänner und Genies der Vernunftpolitik erscheinen. Für die Herbeiführung einer vernünftigen Politik sorgen wir am besten dadurch, daß wir die Führer bilden, die uns erretten sollen. Die Erziehung zum Führer ist nicht nur Unterweisung in den Zielen der Vernunft und der Rechtslehre, sondern bedeutet gleichzeitig Charaktermbildung, Einfachheit, Energie, Fleiß, Selbsterziehung gehören ebenso zum Führer wie die Einsicht in die rechtlich geforderten Ziele.

Der Internationale Jugendbund, dessen geistiges Führer Nelson ist, stellt einen solchen Versuch dar, durch Erziehung der Vernunft wie durch Bildung des Charakters in der Jugend künftige Führer zu schaffen. Nelsons Pädagogik ist eine einzigartige Synthese von Vernunft und Energie. In diesem Sinne, der nur aus Stahl und dem Willen zum Aktigen zusammengesetzt zu sein scheint, lebt die ungeheure Energie rein im Dienst einer vernünftigen Idee. Wie Nelson selbst, einer unserer bedeutendsten Theoretiker in der Philosophie, heute soll-

Kommunistische Taktik

Ueber das Verhältnis der kommunistischen Partei zu sozialistischen Regierungen hat die Zentrale der K. P. D. in einem spaltenlangen Entwurf, der für den Zentralausschuß bestimmt ist, ihre Gedanken niedergelegt. Die Quintessenz der mit sehr viel historischen Schiefheiten durchsetzten Ausarbeitung ist in dem Schlußabsatz zu finden:

„Eine sozialistische Reichsregierung“ kann — wenn sie überhaupt möglich ist — nur im Gefolge einer neuen Welle revolutionärer Massenbewegungen entstehen. Sie wird ebensowenig wie die „sozialistische Regierung“ vom November 1918 ein Kampforgane des Proletariats gegen die Bourgeoisie sein, sondern umgekehrt: die letzte Waffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat. (An anderer Stelle heißt es, die historische Rolle sozialistischer Regierungen könne nur die eines Schutzwalls der Bourgeoisie gegen die proletarischen Massen sein. — D. Red.) Trotzdem wird in einem Stadium, wo die Mehrheit der Arbeiterklasse noch nicht von dem Willen zur Diktatur befreit hinter den Kameraden steht, die kommunistische Partei die Bildung einer solchen Regierung zuzulassen. Wenn es von ihr abhängt, so wird sie das Zustandekommen einer „sozialistischen Regierung“ erleichtern müssen. Sie wird die „sozialistische Regierung“ gegen die bürgerliche Rechte aktiv unterstützen, wie sie die bürgerliche Republik gegen die Monarchie aktiv verteidigt. Aber die eigene historische Aufgabe der kommunistischen Partei ist, die Massen mit der Erkenntnis und dem Tatwillen zu erfüllen, den nächsten Schritt über die bürgerliche Demokratie, also auch über die „sozialistische Regierung“ hinaus zu tun. Dieser Schritt kann aber nur getan werden unter der Bedingung, daß die Kommunisten außerhalb der „sozialistischen Regierung“ bleiben als die Führer der Massen zum revolutionären Kampfe für die Eroberung der Staatsmacht und die Aufhebung der proletarischen Diktatur durch die Käteordnung.“

Mit anderen Worten: nach Ansicht der Kommunisten ist die sozialistische Regierung ein Kampforgane der Bourgeoisie gegen das Proletariat, gleichzeitig aber auch die letzte Etappe auf dem Weg zur proletarischen Diktatur. Sie müssen zu einer so spitzfindigen Erklärung kommen, um ihr Verhalten gegenüber den sozialistischen Regierungen in Sachen, Thüringen und Braunschweig zu rechtfertigen. Dort haben sie sich mit Ministerien aus den beiden sozialistischen Parteien abgefunden, und sie versichern nun ihren mit sozial Opportunismus angezuckelten Anhängern, daß die Unterstützung dieser Kabinette nur die Kullisse bilde, hinter der sich um so wirksamer an ihrem Sturze arbeiten lasse. Die kommunistische Zentrale ist sicher sehr eingebildet auf ihre teuflische Schlaueit, und wir wollen ihr diesen Stolz nicht rauben. Wir erinnern nur daran, daß sie bei der letzten Krise im Reich an die U. S. P. D. und die S. P. D. mit der Aufforderung herangeritten ist, eine sozialistische Regierung zu bilden, an der sie sich selbst nicht beteiligen wollte. Hier lagen die Dinge etwas anders als in den erwähnten Ländern. Es kam nicht in Frage, daß die K. P. D. ein auf Grund des Wahlergebnisses zustandekommes Kabinett unterstützen sollte. Nein, sie hatte die Absicht, diese „Waffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat“ schmieden zu helfen; sie machte sich stark, bei der „Erlichtung des Schutzwalls der Bourgeoisie gegen die proletarischen Massen“ mitzuwirken. Mit dem Hintergedanken natürlich, die Regierung später als Schildhalterin des Kapitalismus zu „entlarven“.

Man wird sich das Eingeständnis der Zentrale für kommende Fälle merken müssen.

Herr Emil Kloth

In einem Votumschlag der Reichsgehilfenstelle der Deutschen Volkspartei geht uns ein Schreiben des Herrn Emil Kloth zu. Er knüpft an die von Genossen Breitscheid der Presse überhandte Mitteilung an, daß er Herrn Kloth Gelegenheiten geben werde, seine recht unordentlich ausgesprochenen Beaufassung, Breitscheid und die Unabhängige Partei würden von der Entente bestochen, vor Gericht zu beweisen. Herr Kloth schreibt:

„Hierzu bemerke ich, daß ich der Klage mit Gelassenheit entgegenstehe und abwarre, wer von uns Beiden vor dem Gericht besser bestehen wird. In einer Zuschrift an die Presse ist übrigens Breitscheid nicht so offenherzig wie vorher in der

„Freiheit“, wo er durch deutlichen Wink mit dem Faunpfaße, die Anwendung der „Ausnahmerechtordnung des Reichspräsidenten“ gegen mich empfiehlt. Die Mundtoimachung eines politischen Gegners ist die wahre Absicht, der Zweck der Uebung des Reichspräsidenten. Damit dürfte er bei mir jedoch an den Unrechten gekommen sein.“

Herr Kloth irrt. Nicht eine Mundtoimachung ist der „Zweck der Uebung“. Schon deshalb nicht, weil ein solcher Versuch an der Sinnlosigkeit des Verleumdens scheitern würde. Es soll ihm im Gegenteil die Möglichkeit geboten werden, den Mund recht weit zu öffnen und sein ganzes Material vorzubringen.

Schnaps für die Beamten

Die Beamten werden zwar schlecht bezahlt, aber im übrigen gut behandelt. Mit Schnaps nämlich. Die Oberpostdirektion Düsseldorf ließ vor einiger Zeit in den Düsseldorf Postämtern durch Aushang folgendes bekanntgeben:

„Bei der Oberpostdirektion wird in den nächsten Tagen voraussichtlich Trübbranntwein ausgegeben werden, der sich im Preise von 29,80 bis 30,50 Mark für einen Liter bewegt. Der Branntwein wird nur in einer Menge bis zu je drei Litern zur Verwendung im eigenen Haushalt der Postbeamten abgegeben.“

Man muß die Schnapseligkeit der Beamten schon sehr hoch einschätzen, wenn man es für nötig hält, ihnen pro Kopf drei Liter Trübbranntwein für den Haushalt zur Verfügung zu stellen.

Für die Originalität dieser Idee ist aber nicht die Oberpostdirektion in Düsseldorf verantwortlich, sondern eine höhere Stelle. Das Reichsfinanzministerium hat im September einen Erlass herausgegeben, worin es erklärt, daß es nichts dagegen habe, wenn die Wirtschaftsvereinigungen der Beamten auch außerhalb der Reichsfinanzverwaltung auf Wunsch Trübbranntwein in mäßigen Grenzen gegen Bezahlung abgeben. Daraufhin ist vom Reichsversorgungsamt in Gumbinnen die Eisenbahnstation Gumbinnen auf diese Erlaubnis des Reichsfinanzministeriums aufmerksam gemacht worden. Die Eisenbahnbehörde gab den Erlass an ihre Beamtenschaft bekannt mit der Bemerkung, der Branntwein sei von sehr guter Beschaffenheit und koste 34,45 Mark pro Liter. Und was man unter „mäßigen Grenzen“ versteht, ergibt sich aus den drei Litern, die von der Oberpostdirektion pro Nase zur Verfügung gehalten werden.

Wir finden diese Methode großartig, denn die Behörden haben wirklich allen Anlaß, die Beamtenchaft bejassen zu machen.

Gelbe Parade

Der ehemalige Nationalverband Deutscher Gewerkschaften, geführt von Herrn Geisler von der Deutschen Volkspartei, hat diesen anspruchsvollen Namen abgelegt und nennt sich jetzt „Nationalverband der deutschen Berufsverbände“. Klingt auch das noch sehr anmaßend, so behaupten die Gelben doch nicht mehr, daß sie eine Gewerkschaft sind. Um so mehr läßt sie die Arme frei für einen Kampf gegen die Gewerkschaften.

Dieser Verband der Berufsverbände hält gegenwärtig seine Reichstagung ab. Außer einer programmatischen Rede des Herrn Geisler über seine Forderungen an das künftige Arbeitsrecht ist nichts Bemerkenswertes dort geschehen. In dieser Rede macht Herr Geisler heftig aufgeregt Front gegen die „Bevorzugung“ der drei bestehenden Gewerkschaftsrichtungen durch die Arbeitsgesetzgebung. Diese Bevorzugung ist keine, denn es gibt nur die drei Gewerkschaftsrichtungen, an die Herr Geisler denkt. Die anderen Vereindien stellen keine Gewerkschaft dar. Geisler fordert vom Arbeitsnachweisgesetz die Erhaltung der Arbeitsnachweise der Berufsverbände, also der Arbeitsnachweise von Unternehmern. Er verlangt ferner eine Käteordnung des Reichspräsidenten, um die Arbeitskraft vor dem Terror zu schützen. Jeder Ueberritt über die „Arbeitsfreiheit“ in den Betrieben müsse mit Strafe belegt werden.

Unter Arbeitsfreiheit versteht Herr Geisler die Freiheit des Verkäufers der Gefinnung an den Unternehmer. Unter Terror versteht er das Bemühen der Gewerkschaften, die Arbeitskraft vor den gelben Gewerkschaften und damit vor dem geistigen und sittlichen Verfall zu bewahren. Eine recht verständene Verordnung gegen den Terror in den Betrieben müßte die gelben

Rudwig Hardt hörte ich zum ersten Male. In den ersten beiden Teilen seines Heines Abends konnte ich nur wenig finden, was zum Rufe eines bekannten Redaktors berechtigt hätte. Ich merkte, wie der Geist Hardts am Werke ist, bekannte politische Gedichte wie etwa „Die Wanderratten“ und „Die Weber“ mehr drastisch als originell wiedergegeben. Wo blieb die trübe Schwere der „Kochgedanken“? Was der Sprecher vorbrachte, war nur lässiges Hinlegen, nichts mehr. Sollte natürlich so sein, blieb aber doch unwirksam. Oder wo blieb die große Vision „Solomo“? — Doch in „Schlafesfeld bei Hasting“ borte ich verwundert auf; als der Redaktor zum Schauer wurde und die Rülle der Edith Schwanenholz so eindringlich und herzlich zu singen begann. Rülle belacht und belacht war ich nach dem dritten Teil, dem ersten, ja traurigen des Abends. Wie da Hardt des großen Dichters Matrassenlagen kühnlich vorbrachte, daß jeder im Publikum diese allerhöchsten Gedichte seines wie neu vernahm und mitlitt, das war ein Ereignis. Sobald wird niemand diese Wunder an harter, großer Todesheil so durch die unmittelbare Mitteilung wahrnehmen.

A. N.
Waffenkauf. „Wissen Sie, wie leicht der Berliner Börsen-Courier“ genannt wird?“ — „Das Blatt der Hausfrau.“

Tages-Notizen

Die „Freie Welt“ muß des Feiertags wegen auch diesmal wieder am Feiertag erscheinen.

Ein Franz Diederichsler der Volkshöhle findet Montag, 26. November, im Rathenow Park, Julei Kautschold Stern (Wien) nach Marie des Seydens leben, Da darf A. Kichen mit Alfred Wittenberg (Wien), Emma Seiffel (Köln) und Besucht (Engelshorn) werden die von Paul Schöpfung komponierten „Wanderer Stimmungen“ zum Vortrag bringen. Erich Feibelich wird Diederichsler Gedichte lesen. Einlogisten 3 Kr. in der Gedächtnis der Volkshöhle, Winterstr. 27, der Volkshöhle-Buchhandlung, bei Tisch um.

Verträge am Donnerstag: Berliner Fischereigesellschaft, 8 Uhr, Rathenowpark 45. Gen.-Rat Dr. Juliusburger über Ludwig Feuerbach als Sexualpsychologe. Eintritt 3 Kr. — Ueber Sexualprobleme (Wahrnehmung der Geschlechtsorganen) Dr. Tullio Marcolli, 8 Uhr, im Saal der Volkshöhle, Köpenicker Str. 100. Eintritt frei. — Tomanungsgesellschaft: Kautschold, 8 Uhr, 8 Uhr, Dr. Paul Feibelich über „Wanderer Stimmungen“. — Ueber „Schau“ und „Schöpfung“ von Paul Schöpfung und die letzte Spezialität in Stadt und Land. Wand geschriebener Schalterform, Dr. W. Feibelich, in der Kule des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Bescht. 13, 7½ Uhr.

Konzerthaus Friedrichshagen, Donnerstag, 8 Uhr (Friedrichshagen 16-20), Italienische Opernabend. Margitta Käpfer, Robert Hall und Cornelia Brunsbach singen Rollen, Quartette und Terzette.

Kundenschriften. Der beliebte Maler Hermann Knauff, ein hingeworfener Malermeister, ist über 60 Jahre alt in Berlin gestorben. — Der führende Bildhauer der Moderne K. H. H. H. hat einen großen Verlust erlitten: sein Atelier, mit über 100 fertigen Werken, Rollen und angefertigten Skulpturen, ist hier in Berlin abgebrannt. — Bei Feiler, Weitzstr. 12 (10-6, Sonntag 11-2, Eintritt frei), sollte Kautschold mubertener Bilder und Plakate. — Der „Sturm“ ist am Montag von 11-2 Uhr geöffnet. Um 7½ Uhr Vortrage von Kautschold und Wittenberg.

Buch und Bild. In Schauer-Kautschold-Verlag (im Anschluß an die Buchhandlung „Buch und Bild“ im Friedrichshagen) hat der Verlag die drei Werke (sozialistische Plakate) von Schöpfung von Karl Schöpfung, Kautschold, Kautschold, 6. der Volkshöhle-Buchhandlung, Poststr. 21 und dem Graphischen Kabinett, Karl-Liebknechtstr. 22, zugeprochen.

Berufsverbände von der Bildfläche hinwegsetzen, denn sie sind es, die dem Terror des Unternehmertums ihre kümmerliche Existenz verdanken.

Die Kohlensteuer

Erhöhung auf 30 oder 40 Prozent?

Der Regierungsentwurf über die Kohlensteuer sieht eine Erhöhung auf 40 Prozent vor. Die Sätze sind aber für die verschiedenen Bergwerksbezirke und Kohlenarten abgestuft. In den Beratungen des Reichsfinanzministeriums des Reichswirtschaftsrats wurde von den Vertretern der Regierung darauf hingewiesen, daß die erhöhte Besteuerung der Kohle eine indirekte Ergänzung der steuerlichen Erlassung der Exportgewinne darstellen könne. Während die Inlandskohlenpreise auf der Höhe der Selbstkosten gehalten würden, näherten sich die Fabrikationspreise dem Weltmarktpreis. Durch diese Spannung werde auch die Aufrechterhaltung unwirtschaftlicher Betriebe ermöglicht. Die Kaufkraft der Löhne würde durch die Kohlensteuer-Erhöhung nicht wesentlich geschmälert, da eben die Preisbewegung bei den Fertigen waren längst vorausgesehen sei.

Die Mehrheit des Ausschusses vertrat den Standpunkt, daß allenfalls ein Steuerfuß von 30 v. H. erträglich sei. Die Erhöhung der Kohlenpreise würde die allgemeine Lebenshaltung herabdrücken, weitere Preissteigerungen zur Folge haben und dem Reiche nur vorübergehende finanzielle Erleichterung verschaffen. Von den Verbrauchervertretern wurde erneut besondere Berücksichtigung des Hausbrands empfohlen. Der Ausschuh nahm den Entwurf mit Mehrheit unter Vornahme der Aenderungen an, daß der Steuerfuß nicht 40 v. H., sondern nur 30 v. H. beträgt.

Der Reigen der Mucker

Nach zweitägiger Pause wurde heute die Vernehmung des Prof. Dr. Brunner fortgesetzt. Brunner richtete an den Angeklagten Stadel die Frage, ob irgendwelche Schlußnahmen gegen den Besuch jugendlicher getroffen worden seien. Angeklagter Stadel: Nein, sonst wäre die Kellame noch größer gewesen. Der Sachverständige Brunner erläuterte sodann ausführlich, daß er keinesfalls in das Theater gehe, um herumzuschauen. Er führt die einzelnen Stellen an, an denen unter allen Umständen Anstoß zu nehmen sei. Die Schlussszene zwischen Graf und Dirne sei von den Sachverständigen als besonders nötig gekennzeichnet worden. Er habe geradezu gekocht vor Zorn über die Heuchelei. Der Graf sagt bekanntlich zum Schluß die Worte: „Ich bedauere, daß ich Sie nicht nur auf die Augen geküßt habe“. Diese Worte sprechen einen ganz anderen Gedanken aus als hier angeführt wird, einen Gedanken, auf den nicht nur ein hochgebildeter Mann gebracht würde. Sie beziehen sich darauf, daß der Graf befürchtet, sich geschlechtlich angeleitet zu haben (Bewegung und Entzückung und besonders auch auf den Anlaggedank). Das ganze Stück sei erziehn. Es geschähe letzten Endes nichts als eine Verherrlichung der Erzehe und Seitenprünge.

Es sei Respekt vor der Kunst, wenn er sich dafür einsehe, daß sie nicht auf ein Vorbildniveau herabsinke. Er würde gegen eine Einführung des Reigens nichts einzuwenden haben, wenn die Vorkellung in einem geschlossenen Kreise vor erziehbaren Menschen, die sich vereinen, stattfinden würde. Er müsse aber dagegen ankämpfen, solange jugendliche, unreife Menschen die Möglichkeit haben, sie zu besuchen.

Die Ausführungen Brunners, die Stunden in Anspruch nehmen, sind noch nicht beendet, und an ein Ende des Prozesses ist auch heute noch kaum zu denken.

Mohrenwäsche

Die Stierdampfergesellschaft, die letzten Endes die Schuld an dem Anflug, das sich auf dem Mansee ereignete, trägt versucht sich reinzuwaschen. In einer Zuschrift an den „Köln-Anzeiger“ vom 10. November erklärt diese Gesellschaft, daß es nicht wahr sei, daß sie schlechte Löhne bezahle. Weiter behauptet sie, daß die Arbeitszeit in ihrem Betriebe „gering“ sei. Wie die Wirklichkeit aussieht, erfahren wir aus einer Zuschrift zuständiger Kreise. Danach gilt als Regel eine 10stündige Arbeitszeit und darüber bei der Stierdampfergesellschaft, wofür Hungerlöhne von 90 bis 270 Mark bezahlt werden. Organisierte Arbeiter duldet diese keine Firma nicht und wirft sie rigoros auf die Straße. Bei den Schlichtungsausschüssen und Gewerdegewerkschaften ist diese Firma ständiger Gast, weil die aufs Pfahler gemorbenen Angestellten gewonnen sind, ihre ihnen zukommenden Löhne einzulagern. Die Firma erklärt, ihre Angestellten nach einem „Tarifvertrag“ zu entlohnen. Was das für ein Tarifvertrag sein soll und mit wem der abgeschlossen wurde, verschweigen diese Herren.

Wie genau es mit den gesetzlichen Vorschriften bei der wohlhablichen Direktion genommen wird, zeigt ja auch der Fall der bedauerlichen Schiffskatastrophe. Gegen wen will die Direktion in solchen Fällen als unschuldig erscheinen, wenn sie die Verantwortung über hunderte von Menschenleben in die Hände eines Schiffsführers legt, welcher nicht einmal das Schiffsführerpatent besitzt?

Und diese „musterhaften“ Schiffe segeln stolz mit schwarz-weißen roten Flaggen umher und erbringen damit den Beweis, daß Fahrzeuge, die unter diesem Zeichen fahren und geführt werden, als gefährliche Menschenfallen sich erweisen.

Der Zusammentritt der Bezirksversammlungen

Der Berliner Magistrat hat in einer Verfügung an die Bezirksämter den Bezirksbürgermeistern die Einberufung der neu gewählten Bezirksversammlungen und die Einführung der Bezirksverordnungen in ihr Amt übertragen. In der Verfügung wird ferner darauf hingewiesen, daß in den Verwaltungsbereichen, die sich mit den Wahlkreisen decken, die Einberufung ohne weiteres erfolgen könne. In den anderen Bezirken, die nur Teile des Wahlkreises bilden, können die Bezirksversammlungen jedoch erst nach der Zustellung der in diesen Wahlkreisen gewählten Stadtverordneten vor sich gehen. Dies trifft auf die drei südlichen Bezirke Steglitz, Tempelhof und Treptow, die den Wahlkreis X bilden, und auf die östlichen Bezirke Treptow und Köpenick (Wahlkreis XII), sowie auf die nördlichen Bezirke Weißensee, Pantow und Reinickendorf (Wahlkreis XV) zu.

Die Bezirksversammlungen dieser Bezirke werden kaum vor Ende November oder Anfang Dezember einberufen werden können, da zunächst die Bechlässe der Stadtverordneten über die Zustellung der in diesen Wahlkreisen gewählten Stadtverordneten auf die betreffende Bezirksversammlung abgemacht werden müssen. Die Stadtverordnetenversammlung wird in ihrer nächsten Sitzung für diesen Zweck einen besonderen Ausschuh einsehen. Dieser hat ferner die Zustellung der an die Stadtämter gewählten Stadtverordneten auf die einzelnen Bezirksversammlungen vorzubereiten, wobei nach § 15 des Gesetzes Groß-Berlin nach Möglichkeit der Wohnort des Stadtverordneten in dem Bezirk oder sonstige persönliche Beziehungen zu ihm berücksichtigt werden sollen.

Es besteht also die Möglichkeit, daß einzelne Stadtverordneten einem Bezirk als Mitglied der dortigen Bezirksversammlung zugeordnet werden können, der nicht ihr Wohnort ist, zu dem sie aber besondere persönliche Beziehungen haben. Dieser Fall ist bereits zweimal vorgekommen. In Alt-Berlin sind außerdem mehrere Stadtverordnete in anderen Bezirken, die nicht ihrem Wohnort bilden, gewählt und damit ohne weiteres, falls sie nicht gegenwärtige Anträge stellen, Mitglieder dieser Bezirksversammlungen geworden.

Voraussetzliches Weiter für Berlin und Umgebung am Mittwoch. Die Luft neblig, sonst trocken und ziemlich heiter, ein wenig kälter bei größtenteils schwachen südöstlichen Winden.

ganz dem Sich-Versinken in die reine Wissenschaft entzogt, um die praktische Vernunft zu verwirklichen, so ist keine eindrucksvolle Persönlichkeit die stärkste Mahnung, die Ziele der Vernunft und der Herbeiführung eines Rechtszustandes allen anderen auf der Sonnenseite des Lebens gelegenen Werten voranzustellen.

Felix Müllers Falkensfeld

Diegenrich Jacobsohns Buch über Max Reinhardt ist ganz neu bearbeitet, in vierter und fünfter Auflage im Verlag von Erich Koth wieder erschienen. Das erste Reinhardt-Buch reichte bis 1910, das neue geht bis 1919. Das erste stellte die etwa 30 besten Aufführungen, die es bis dahin gegeben hatte, dar, das neue die besten 32, die Reinhardt in seinen ganzen Berliner Theaterjahren, über 17, geschaffen hat, und die allen, die das Glück hatten, sie zu sehen, unvergänglich sind. Ueber Jacobsohns Auswahl läßt sich natürlich streiten. So werden viele die sozialistisch schwingende von „Christines Heimreise“ von Hofmannsthal in der neuen Auflage vermissen. Aber in der Bewunderung für die von Jacobsohn ausgewählten Abende sind wohl alle einig, soweit sie nämlich über Reinhardt einig sind. Jacobsohn stellt Reinhardt in seinem Buche nicht als Ganzes dar, sondern er läßt ihn durch sein Werk in der Wiedergabe der hart bearbeiteten und ergänzten Kritiken aufleuchten, die einst in der Schaubühne (der jetzigen Weltbühne) erschienen sind und die eine ganze junge Generation von Theaterkritikern beeinflußt haben. Und wahrhaftig, diese Bühnenabende, diese Kunstwerke vergänglichster Art, leben in Jacobsohns Darstellung sogar mit den begehrtesten Einzelheiten fort, die man im Laufe der Jahre fast vergessen und verloren hat. Wüßlich stehen sie mit ihrer ganzen Bildhaftigkeit vor dem Auge des Lesers wieder da! Und das ist auch die Stärke des Buches: es hat Leben und Reizkraft in jeder Zeile und es gibt mit derselben Lust am Bühneneindruck das Erlebnis wieder, mit der die Generation Reinhardts einst diese Art Theaterkunst erlebte hatte. So gehört Jacobsohn zu Reinhardt als sein bester und dankbarster Kritiker, wie Reinhardt selbst der vollkommenste Ausdruck seines Zeitalters auf der Bühne war. War? Man schreibt es nur fahrig nieder, weil Reinhardt mit seiner Künstlerhand der Größe seines Tades bleibt, auch wenn wir heute anderen Zielen zu streben.

Reinhardt hat nicht nur als Regisseur, sondern auch als Dramaturg jedes seiner Werke neu gesehen und neu gebaut. Auch diesen wahrhaft schöpferischen, im Grunde zu wenig geschätzten Leistungen Reinhardts geht Jacobsohn mit stürkstem dramaturgischen Präzisionsverstand nach. Das ein zu Reinhardt so eingetragener Kritiker nicht dessen Grenzen und Festsetzungen sieht. Ist danach nur natürlich und kein Fehler. Jede Zeit, die sich ein Bild von der großen Reinhardtischen Epoche will machen lassen, wird zu diesem Buche greifen oder noch besser zu beiden Ausgaben, da sie zusammen fast 50 Theaterabende so darstellen, daß auch unsere Entel sich danach noch ein Bild von jenen Genossen werden machen können.

Felix Müllers Falkensfeld

